

Frage des Tages

Soll Basel-Stadt den Margarethenstich alleine bauen?

Das Baselbieter Stimmvolk hat das Tramprojekt abgelehnt. Doch Basel könnte es trotzdem realisieren. www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern: **Sollen die beiden Basel das Herzstück vorfinanzieren?**



Nur weil die Baselbieter einen Baukredit ablehnen, ist das Tramprojekt nicht tot: Das Land gehört zu 100 Prozent der Stadt Basel soll den Margarethenstich einfach bauen

Von Manfred Messmer

Zu den nirgendwo festgeschriebenen Regeln unseres direkt-demokratischen Systems gehört, dass die Abstimmungsverlierer am Montag danach einfach den Mund halten. Von mir aus: Ich bin ein schlechter Verlierer. Weil ich als Kampagnenleiter des Ja-Komitees die Niederlage am Margarethenstich mit zu verantworten habe. Und der Meinung bin, dass man das Abstimmungsergebnis des Landkantons in Basel-Stadt durchaus kreativ und flexibel interpretieren kann. Und eigennützig. Kurz: Basel soll den Margarethenstich trotz des Baselbieter Neins zusammen mit Bundesbern realisieren.

Und zwar aus drei Gründen: Erstens ist der Margarethenstich ein wichtiges Puzzleteil der übergeordneten Verkehrs- und Siedlungsplanung der beiden Basel. Der Bund hat für solche Agglomerationsprogramme 20,8 Milliarden Franken bereitgestellt. Projekte, welche die hohen Anforderungen des Bundes erfüllen, bekommen aus diesem Topf einen grossen Teil der Kosten erstattet. Der Margarethenstich hat die Kriterien mehr als erfüllt.

Zum anderen muss die Realisierung des Margarethenstich-Projekts aus – egoistischer – Basler Sicht als ernsthafte Option für die weitere städtische Planung rund um die Heuwaage und darüber hinaus bestehen bleiben. Denn das Baselbieter Nein hat in Basel-Stadt teure Folgen.

Und schliesslich drittens: Die Baselbieter haben nicht über das Bauprojekt abgestimmt, sondern über einen Teilbetrag eines Ausführungskredits. Zwei Drittel der Kosten werden von anderen bezahlt. Um noch etwas mehr Öl ins Feuer zu giessen: Einmal mehr haben die Baselbieter einem wichtigen partnerschaftlichen Projekt in letzter Minute eine Absage erteilt.

Referendum wegen einer Ampel

Um die Abstimmung auf den Punkt zu bringen: Gegen den Margarethenstich wurde das Referendum wegen einer Ampel ergriffen. Ein paar Autofahrer in Binningen und Bottmingen wollten beim Margarethenstich keine neue Lichtsignalanlage. Ihre Behauptung: Dann stehen wir im Stau. Weil man damit keine kantonale Abstimmung gewinnt, wurde mit der Formel «Zu teuer für 5 Minuten



Ausführungsreifes Projekt. Die Tramverbindung beim Margarethenstich könnte das Basler Baudepartement bis 2020 problemlos realisieren. Foto Daniel Desborough

Zeitgewinn» für das Nein gegen den Stau gekämpft. Als erfahrener Kommunikationsberater sage ich: Genial.

Als Cityoyen halte ich jedoch fest: Die Leute wurden wegen einer Ampel hinter Licht geführt. Ich meine, 7,3 Millionen Franken für eine Investition, die über vierzig Jahre abgeschrieben werden kann, ist derart nichts, dass die vermeintliche Einsparung im Baselbieter Budget keinerlei Spuren hinterlässt. Sie ist auch vor dem Hintergrund anderer Investitionen in die Traminfrastruktur im Landkanton eine bescheidene Summe. Der Ausbau auf Doppelspur im hinteren Leimental, um einen 7,5-Minuten-Takt einzuführen, hat 28 Millionen Franken gekostet. Niemand hat sich empört. Für die Sanierung der 10er-Strecke vom Dreispitz bis zum Bahnhof Dornach-Arlesheim werden derzeit 21 Millionen Franken ver-

baut. Keine Diskussion. Und um noch einen draufzusetzen: Für die 7891 Einwohner des Waldenburtals wird eine völlig neue Tramlinie gebaut. Kosten inklusive Rollmaterial: 300 Millionen Franken. Keine Volksabstimmung.

Wir können festhalten: In Binningen und Bottmingen war ein Phantom-Stau das zentrale Thema. Je weiter weg die Stimmenden leben, desto mehr wurde der Margarethenstich zu einer reinen Finanzvorlage, bei der man zeigen konnte, dass man sparen will. Ohne dass es einem selbst weh tut. Dass es tatsächlich nur um die geplante Verkehrssignalanlage ging und nicht um die Kosten, unterstreicht ein Interview von letztem Freitag in der *Basellandschaftlichen Zeitung*. Der Initiator der Abstimmung, ein 75-jähriger Rentner aus Binningen, forderte allen Ernstes, die 7,3 Millionen Franken des Margare-

thenstichs solle die Baselbieter Regierung den Städtern für die Verlegung der Tramschleife bei der Heuwaage überweisen. Als Beitrag ans geplante Ozeanium.

Den Blickwinkel ändern

Höchste Zeit also, den Blickwinkel zu ändern und von der Heuwaage stadtauswärts zu schauen. Den Baslern kann es nicht egal sein, wenn Binninger und Bottminger Autofahrer freie Fahrt für freie Bürger auf baselstädtischem Boden fordern. Denn was die Baselbieter und viele Binninger nicht wissen: Lediglich der Pfosten für die Ampel stünde auf Baselbieter Boden. Der Margarethenstich selbst liegt vollständig auf dem Hoheitsgebiet des Kantons Basel-Stadt. Weder der Landkanton noch Binninger Autofahrer haben das Sagen.

Weder der Landkanton noch die Binninger Autofahrer haben das Sagen.

Sagen (wenn Basel-Stadt will, kann dort eine breite Velospur auf den Asphalt gepinselt und der Stich zur Einbahnstrasse erklärt werden). Deshalb liegt die Planungshoheit für das Margarethenstich-Projekt beim Baudepartement Basel-Stadt. Weshalb man jetzt in Basel zu rechnen beginnen muss.

Um das Verkehrschaos bei der Heuwaage zu beseitigen und eine städtebaulich sinnvolle Nutzung zu ermöglichen, müssen zwingend die Tramschleife verlegt und zahlreiche Infrastrukturanpassungen vorgenommen werden. Was mindestens 13 Millionen Franken kosten wird. Basel-Stadt könnte also hingehen, die Tramschleife an der Heuwaage aufheben und stattdessen den Margarethenstich wie vorgesehen realisieren. Die Baselbieter Trams müssten dann zum Beispiel während der Fasnacht einfach bis zum Bahnhof fahren und dort wenden.

Das federführende Baudepartement hat ein ausführungsreifes Projekt auf dem Tisch, das ohne die kleinste Änderung bis 2020 realisiert werden kann. Ausser dass man vielleicht den Ampelpfosten einen halben Meter auf Basler Boden verlegen müsste. Noch

immer gilt die Kostenbeteiligung des Bundes. Und diejenige der BLT.

Am Margarethenstich werden demnächst die Bagger auffahren. Die Haltestelle Dorenbach wird für 2,3 Millionen Franken behindertengerecht umgebaut und die Haltestelle Margarethen für 4,2 Millionen Franken. Bauzeit: ungefähr eineinhalb Jahre. Das Nein der Baselbieter hat lediglich zur Folge, dass aus dem fixfertigen Projekt 365 Meter Verbindungseisen rausgeschnitten werden.

Die politisch entscheidenden Punkte kurz zusammengefasst:

- Es liegt ein ausführungsfähiges Projekt vor, das über Jahre mit viel Aufwand ausgearbeitet und optimiert wurde.
- Das Plangenehmigungsverfahren läuft. Die Einsprachen sind mehr oder weniger bereinigt.
- Basel vermeidet mit dem Margarethenstich hohe Kosten für die Verlegung der Tramschleife samt der entsprechenden Infrastrukturanpassungen an der Heuwaage.
- Basel-Stadt kommt dem verfassungsmässigen Auftrag einen wichtigen Schritt näher, wonach «der Autoverkehr ausserhalb der Autobahnen bis 2020 um 10 Prozent abnehmen soll».
- Basel stärkt den Wirtschaftsstandort, in dem die Erreichbarkeit von zentralen Arbeitsplatzgebieten verbessert wird, zum Beispiel Baloise und Roche mit demnächst 9000 Arbeitsplätzen.
- Die Attraktivität einer Stadt als Wirtschaftsstandort wird nicht zuletzt durch ein effizientes Nahverkehrssystem bestimmt.

Alles Hirngespinnste eines schlechten Verlierers? Ich habe in den letzten Tagen zu diesem Thema einige Gespräche geführt. In der Stadt und auf der Landschaft. Ich bin auf ein erstaunliches Echo gestossen: Die Idee wird unisono als partnerschaftliche Politbombe taxiert, aber von der Sache her durchwegs als machbar beurteilt.

Manfred Messmer ist BaZ-Kolumnist und Kommunikationsberater und hat im Auftrag des Komitees «Ja zum Margarethenstich» die Befürworterkampagne betreut. Er ist Mitglied einer Arbeitsgruppe der BLT, die sich mit der Machbarkeit eines autonom gesteuerten Trams im Waldenburtal befasst.

Entsetzt über die Ungerechtigkeiten im Basler Sozialstaat

Kein Pardon beim Eigenmietwert, aber Kulanz bei Migranten, die Schulden machen und von der Fürsorge leben: Rösly M. klagt an

Von Christian Keller

Basel. Der Fall der tunesischen Familie, die seit vielen Jahren in Basel lebt, Schulden in Höhe von 135 000 Franken anhäufte, von der Sozialhilfe abhängig ist und bald eine 100-prozentige IV-Rente erhalten soll (BaZ vom 11. September 2017), hat eine Reihe von Reaktionen ausgelöst.

Die Redaktion erhielt verschiedene Zuschriften, in denen sich Leserinnen und Leser über die Zustände im Sozialwesen empörten und von einer grossen Ungerechtigkeit sprachen: Wer als Schweizer Bürger während Jahrzehnten Steuern und AHV zahlt, werde am Ende schlechter behandelt als Migranten, die sich um ihre Pflichten founten, hiess es.

Auch die Baslerin Rösly M., 37 Jahre lang Inhaberin eines Antiquitätengeschäfts in Riehen, hat sich mit einem Brief an die BaZ gewandt. Darin beschreibt die Rentnerin ihre schwierige Lebenssituation. Jeden Monat müsse sie den Rappen zweimal umdrehen, um über die Runden zu kommen. Sie sei «entsetzt», wie es um den Schweizer Sozialstaat stehe.

«Ich bin 90 Jahre alt und krank. Bis ich 72 Jahre alt war, habe ich gearbeitet und auch meine Steuern bezahlt. Ich habe im Hirzbrunnen ein kleines Häuschen. Dafür haben mein Mann und ich

gearbeitet, bis mein Mann verstarb. Mein Mann war neun Jahre krank, und unser Erspartes schmolz dahin. Heute lebe ich von 1997 Franken AHV und 84 Franken Ergänzungsleistungen. Total 2081 Franken.»

Letztes Jahr kam für Rösly M. dann per Post die Schocknachricht: Die Steuerverwaltung teilte ihr mit, dass der Eigenmietwert ihrer Liegenschaft per 1. Januar 2017 erhöht werde. Weil durch die fiskalische Neubewertung ihr steuerbares Einkommen stieg, sieht sie sich mit zusätzlichen Ausgaben konfrontiert. So schnellte die Krankenkassenprämie, die sie zuvor verbilligt erhielt, von monatlich 45 Franken auf 249,35 Franken hoch. Wer über ein schmales Budget von 2000 Franken verfügt, für den ist eine solche Anpassung einschneidend.

«Mir bleiben etwas über 1020 Franken zum Überleben. Ich bat um Steuererlass oder Reduktion, aber unsere Ämter lehnten ab und rieten mir, mein Häuschen zu verkaufen. Aber lieber sterbe ich.»

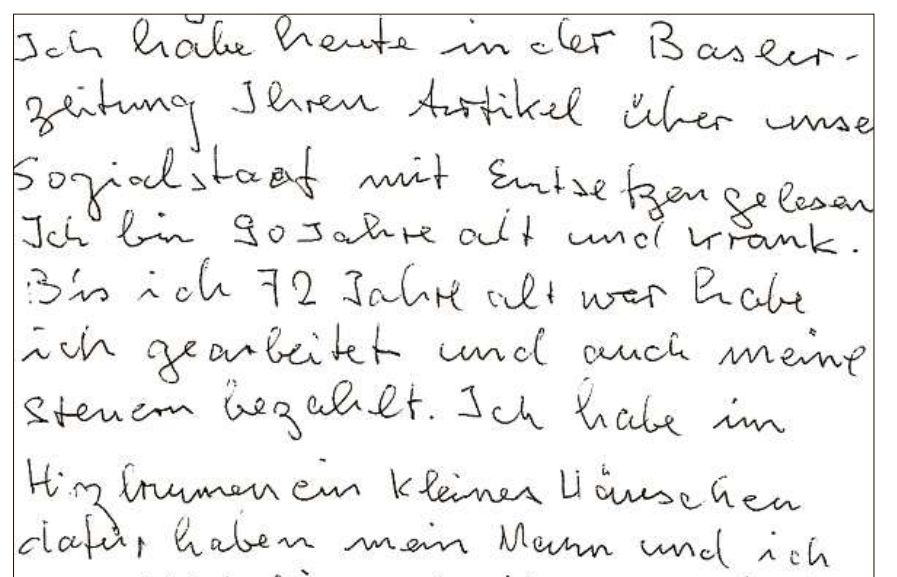
Enttäuscht von Eva Herzog

Sie habe der Basler SP-Regierungsrätin und Finanzdirektorin Eva Herzog einen Brief geschrieben und ihr die Notlage geschildert, erzählt Rösly M., als sie den BaZ-Journalisten in ihren eigenen vier Wänden empfängt. Zurückgekommen sei eine in sehr freund-

lichem Ton gehaltene Antwort, über die sie sich jedoch geärgert habe. «Frau Herzog teilte mir mit, dass sich der Kanton darum bemühen müsse, möglichst schwarze Zahlen zu schreiben. Auch alle anderen Einwohner seien zum Steuerzahlen verpflichtet, das Gesetz gelte für alle gleich.» Für die ehemalige Geschäftsfrau, die sich als «Mitte-links-Wählerin» bezeichnet, macht es sich Herzog zu einfach. «Juristisch hat sie natürlich vollkommen recht. Aber es kann doch nicht sein, dass es auf der einen Seite kein Pardon gibt, während andererseits immense Summen für fragwürdige Sozialhilfebezügler ausgegeben werden.»

Rösly M. betont, sie sei weder eine Ausländerhasserin noch wolle sie Geld vom Staat. Das komme für sie nicht infrage. Die Tochter eines Buchhalters und einer Wäscherin ist stolz darauf, gemeinsam mit ihrem Ehemann über drei Jahrzehnte einen eigenen Betrieb geführt zu haben. Alles sei gut gewesen. «Ich war zufrieden mit meiner AHV-Rente, bis man mein Einkommen gekürzt hat. Ich spare, wo ich kann. Habe nur Samstag und Sonntag warmes Wasser. Und oft gehe ich hungrig zu Bett.»

Wenn sich ihre Freundinnen in einem Restaurant zum Mittagessen treffen würden, sagt Rösly M., erfinde sie jeweils eine Ausrede, warum sie nicht teilnehmen könne. So müsse sie



Protest niedergeschrieben. Sie habe bis 72 gearbeitet und immer alles bezahlt, sagt Rösly M. Der Staat belohne diejenigen, die sich nicht an die Regeln hielten.

nicht zugeben, dass es ihr am Geld fehle. Sie wolle sich nicht beklagen und gönne jedem seinen Reichtum. «Wenn ich aber in der Zeitung lese, dass ein Imam in Biel 600 000 Franken Sozialhilfe bezieht oder Tunesier in Basel tun und lassen können, wie es ihnen gerade passt, dann werde ich wütend. Das ist einfach ein ungerechtes System.»

Manchmal wache sie mitten in der Nacht auf, getrieben von der Angst,

dass weitere Kosten sie in ihrer Existenz gefährden könnten. Das geliebte Häuschen zu verkaufen, wie es ihr geraten worden sei, sei niemals eine Option. «Es ist alles, was ich habe.»

Rösly M.s Brief endet mit den Worten: «Ich möchte nur, dass ich mit AHV und EL in Frieden in meinem Heim leben kann. Danke, dass Sie mich angehört haben.»

* Vollständiger Name der Redaktion bekannt